

Inkasso-Umfrage: Zahlungsmoral top, von öffentlicher Hand aber flop – Insolvenzen sinken – EU-Datenschutzgesetz Gefahr für Zahlungsmoral und Gläubiger

In ihrer Halbjahresumfrage melden 64 Prozent der Inkassounternehmen, dass Rechnungen jetzt genauso gut wie vor sechs Monaten bezahlt werden. 20 Prozent haben sogar eine noch bessere Zahlungsmoral beobachtet. Grund ist die gute Konjunktur, verbunden mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit und einem für Unternehmen wie für Verbraucher attraktiven Investitionsklima. Daher gehen auch die Firmeninsolvenzen weiter zurück. Der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU) prognostiziert bis Ende des Jahres etwa 22.500 Verfahren (2014: 24.085). Auch die Verbraucherinsolvenzen gehen zurück – auf voraussichtlich rund 82.000, nach 86.298 in 2014. Hauptgrund, warum Verbraucher schlecht zahlen, ist Überschuldung (81 Prozent der Inkassofirmen melden das in der Umfrage), gefolgt von einem unkontrollierten Konsumverhalten (72 Prozent) und einem vorübergehenden Geldmangel (49 Prozent). Nur noch 46 Prozent nennen Arbeitslosigkeit als Grund – vor zwei Jahren lag dieser Wert bei 66 Prozent.

Das Zahlungsverhalten in Deutschland hat sich auf hohem Niveau weiter verbessert.

In ihrer Halbjahresumfrage melden 64 Prozent der Inkassounternehmen, dass Rechnungen jetzt genauso gut wie vor sechs Monaten bezahlt werden. 20 Prozent haben sogar eine noch bessere Zahlungsmoral beobachtet. Grund ist die gute Konjunktur, verbunden mit einer niedrigen Arbeitslosigkeit und einem für Unternehmen wie für Verbraucher attraktiven Investitionsklima.

Daher gehen auch die Firmeninsolvenzen weiter zurück. Der Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen (BDIU) prognostiziert bis Ende des Jahres etwa 22.500 Verfahren (2014: 24.085). Auch die Verbraucherinsolvenzen gehen zurück – auf voraussichtlich rund 82.000, nach 86.298 in 2014.

Hauptgrund, warum Verbraucher schlecht zahlen, ist Überschuldung (81 Prozent der Inkassofirmen melden das in der Umfrage), gefolgt von einem unkontrollierten Konsumverhalten (72 Prozent) und einem vorübergehenden Geldmangel (49 Prozent). Nur noch 46 Prozent nennen Arbeitslosigkeit als Grund – vor zwei Jahren lag dieser Wert bei 66 Prozent.

Probleme mit der Rechnungstreue ihrer Kunden haben aktuell das Handwerk (45 Prozent der BDIU-Mitglieder melden das), der Online- beziehungsweise Versandhandel (44 Prozent) sowie die Energieversorgungswirtschaft (37 Prozent). Vergleichsweise gut läuft es im Gastgewerbe – hier berichtet nicht einmal jedes zwölfte Inkassounternehmen von Schwierigkeiten.

Gegen den Trend: Öffentliche Hand zahlt schlechter

Völlig gegensätzlich zum guten allgemeinen Zahlungsverhalten ist die Entwicklung bei öffentlichen Auftraggebern. 86 Prozent der Inkassounternehmen melden, dass deren Zahlungsverhalten unverändert schlecht ist. 11 Prozent berichten sogar von einer weiteren Verschlechterung. „Die öffentliche Hand sollte beim Zahlungsverhalten eine Vorbildfunktion haben“, mahnt BDIU-Präsident Wolfgang Spitz. „Ein Grund, warum das leider nicht der Fall ist, dürfte wohl auch darin zu sehen sein, dass viele Städte und Gemeinden selbst über kein gutes, eigenes Forderungsmanagement verfügen.“

Alleine die Kommunen haben in Deutschland derzeit offene Forderungen von über 20 Milliarden Euro. „Durch ein konsequentes Forderungsmanagement könnte dieser Fehlbetrag erheblich

reduziert werden.“ Spitz verweist auf das Beispiel der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden. Diese setzt in Fällen, wo sie selbst Forderungen nicht realisieren kann, auf Verwaltungshilfe durch Inkassounternehmen. Spitz: „Das bringt Mehreinnahmen, mit der die Stadt zum Beispiel Kinderspielplätze bezahlt oder Schlaglöcher auf den Straßen stopft.“

NRW: Politik erlaubt Inkasso für Kommunen

Auf seinem Jahreskongress hatte der BDIU jüngst in Düsseldorf mit NRW-Spitzenpolitikern zu dem Thema diskutiert. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Rainer Schmeltzer äußerte sich dabei zwar zurückhaltend zum Beauftragen von Inkassounternehmen durch Kommunen – bei hoheitlichen Aufgaben sei das nicht möglich. Er stellte aber fest, dass das Wiesbadener Modell grundsätzlich auch für Städte und Gemeinden an Rhein und Ruhr gangbar sei, wenn die jeweilige Kommune das im Einzelfall wünsche. Etwa die Hälfte der fast 400 NRW-Kommunen befinden sich derzeit in einer Haushaltsnotlage beziehungsweise entsprechenden Programmen. BDIU-Chef Spitz appelliert an die Kämmerer dieser Städte, Mut auch zu bislang ungewöhnlichen Finanzierungswegen zu finden. „Die Bürgerinnen und Bürger werden es ihnen danken.“

EU-Datenschutz gefährdet Zahlungsmoral

Deutliche Kritik äußern die Inkassounternehmen an den Plänen zu einer EU-Datenschutzgrundverordnung. Sie soll noch dieses Jahr auf den Weg gebracht werden. Das könnte zur Folge haben, dass Gläubiger bei der Beauftragung von Inkassounternehmen nachweisen müssen, dass ihre Schuldner mit der Weitergabe ihrer Daten einverstanden sind. 83 Prozent der Inkassounternehmen glauben, dass dadurch die Durchsetzung von Forderungen erheblich erschwert wird.

Auch Auskunfteien sind betroffen. Spitz: „Die Bonität von Kreditnehmern kann dann nicht mehr zuverlässig ermittelt werden. Das brächte mehr Zahlungsausfälle, deren Kosten wiederum alle redlichen Verbraucher mittragen müssten, denn sie bezahlen zum Ausgleich höhere Preise für Waren und Dienstleistungen.“

77 Prozent der Inkassounternehmen prognostizieren daher, dass sich das Zahlungsverhalten wegen der Datenschutzgrundverordnung erheblich verschlechtern wird.

Trend-Eintrübung bei jungen Schuldnern

Ein weiteres Thema der Inkassoumfrage ist das Zahlungsverhalten junger Verbraucher. 57 Prozent der BDIU-Firmen bemängeln, dass 18- bis 24-jährige Verbraucher Rechnungen schlechter begleichen als über 25-jährige. Noch vor zwei Jahren lag dieser Wert nur bei 45 Prozent.

Die häufigsten Gläubiger jüngerer Verbraucher sind Online- beziehungsweise Versandhändler. 89 Prozent der Inkassounternehmen bestätigen das. 82 Prozent berichten, dass zu hohe Konsumausgaben der Grund sind, warum jüngere Verbraucher Schulden haben. „Vielen von ihnen mangelt es offenbar an Finanzkompetenz“, so BDIU-Vize Marion Kremer. Kremer begrüßt daher den Vorschlag von Bundesbildungsministerin Wanka, ein Fach „Alltagswissen“ einzuführen, in dem junge Menschen unter anderem lernen sollen, richtig mit Handyverträgen umzugehen.

Kremer weist darauf hin, dass die Inkassowirtschaft schon seit langem die Einführung eines Schulfaches „Umgang mit Geld“ fordere. „In einem solchen Fach sollten Kinder auch zur Eigenverantwortung angeleitet und ermutigt werden. Unsere Gesellschaft und unser Wirtschaftsleben werden immer facettenreicher. Das erfordert von jungen Menschen heute mehr noch als früher die Fähigkeit, Dinge kritisch zu hinterfragen. Das ist mindestens so wichtig wie die Wissensvermittlung in Fächern wie Mathematik, Physik oder Deutsch.“

Kontakt:

Marco Weber
- Pressesprecher -

Bundesverband Deutscher Inkasso-Unternehmen e.V.

Friedrichstr. 50-55
10117 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 206 07 36 40

Telefax: +49 (0) 30 / 206 07 36 33

Mobil: +49 (0) 170 / 201 54 75

E-Mail: weber@inkasso.de

Internet: www.inkasso.de

Twitter: www.twitter.com/BDIU_inkasso_de

Xing: <https://www.xing.com/companies/bdiu>

Über den BDIU

Der BDIU ist mit 560 Mitgliedsunternehmen der größte Inkassoverband in Europa und der zweitgrößte weltweit. BDIU-Mitglieder führen pro Jahr über fünf Milliarden Euro für ihre Auftraggeber wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück. Sie bearbeiten fast 20 Millionen außergerichtliche Mahnungen pro Jahr, von denen sie 80 Prozent einer vorgerichtlichen Klärung zuführen. Dadurch entlasten sie die Justiz millionenfach von Forderungsstreitigkeiten. Alle BDIU-Mitglieder unterliegen der strengen Berufsaufsicht durch den Verband – die Mitgliedschaft im BDIU gilt daher auch als Qualitätssiegel für eine seriöse Inkassotätigkeit.

bdiu logo